
Die Lounge

Piratenhafen Schweiz

Die Eidgenossenschaft ist ein beliebter Tummelplatz für Oligarchen und Genf ist das größte Drehkreuz für russisches Erdöl. Eine Gesetzeslücke erleichtert den Transfer schmutziger Gelder und könnte reichen Putin-Freunden dabei helfen, die Sanktionen zu umgehen.

Von Johannes Ritter



Hier sprudelt nicht nur das Wasser: Fontäne auf dem Genfer See Getty

Die Schweiz hat keine Bodenschätze. Und dennoch ist das kleine Land ein Riese in der Welt der Rohstoffe. Rund 40 Prozent des globalen Ölhandels werden von Unternehmen in der Schweiz abgewickelt. Auch im Ein- und Verkauf von Kaffee, Metallen, Getreide, Zucker, Kakao und Baumwolle sind Handelshäuser aus der Eidgenossenschaft mit Abstand führend. Im Kanton Zug hat Glencore seinen Sitz, ein Rohstoffriese mit einem Umsatz von mehr als 200 Milliarden Dollar. Insgesamt sind rund 900 Unternehmen in der Schweiz im Rohstoffhandel unterwegs, wie das Wirtschaftsministerium in Bern vor Jahresfrist ermittelte.

Was wie eine Jubelmeldung aus der Broschüre für Standort-Marketing klingt, mutet spätestens seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine wie ein Risikobericht an. Denn ein

großer Schwerpunkt des Geschäfts liegt im Handel mit russischem Erdöl. Rund 80 Prozent davon wurden bisher in Genf umgeschlagen. Die Stadt am Ufer des Genfer Sees ist schon seit Jahrzehnten ein Dorado für Rohstoffhändler aus aller Welt. Dort lockt nicht nur ein freundliches Steuerklima, sondern vor allem eine Kohorte von Privatbanken, die den Händlern mit Krediten, Garantien, Absicherungen und pfiffigen Finanzierungsmodellen auf die Sprünge hilft und hernach diskret deren Vermögen verwaltet.

Politische Neutralität und fehlende Transparenz als Lockmittel

Zur Symbiose von Geld und Öl tragen zudem hoch spezialisierte Anwälte, Treuhänder, Notare und Wirtschaftsprüfer bei, die Schwächen in der Regulierung geschickt zum Wohle einer Klientel nutzen, die Transparenz scheut wie die Motten das Licht. Auch die politische Neutralität der Schweiz wirkte bisher anziehend, vor allem für Geschäftsleute aus autoritär regierten Staaten wie Russland. Am Basler Flughafen hängt derzeit ein halbes Dutzend Luxusjets russischer Oligarchen fest.

Die Schweiz, so formuliert es der Basler Strafrechtler und Korruptionsbekämpfer Mark Pieth, sei wie die Insel Tortuga im Film „Fluch der Karibik“, wo sich die Piraten treffen, um sich mit allem einzudecken, was sie für ihre Raubzüge brauchten.

Einer der russischen „Piraten“, die ihr Vermögen von Genf aus in lichte Höhen schraubten, ist Gennadij Timtschenko. Der langjährige enge Freund des russischen Machthabers Wladimir Putin profitierte von der Zerschlagung des Ölkonzerns Yukos und avancierte zu einer wichtigen Figur im russischen Ölhandel. Ende der Neunzigerjahre gründete er gemeinsam mit dem Schweden Torbjörn Törnquist das Rohstoffhandelsunternehmen Gunvor, dessen operatives Herz in Genf schlug. Als Russland im Jahr 2014 die Krim annektierte, landete Timtschenko auf der Sanktionsliste der Amerikaner. Kurz davor hatte er seine Gunvor-Beteiligung an seinen Geschäftspartner Törnquist verkauft. Seiner steuergünstigen Wahlheimat Schweiz blieb der Oligarch aber offenbar noch länger treu. Über seine Genfer Neva-Stiftung, die seine Frau leitete, buhlte er als Kultur- und Sportmäzen um gesellschaftliche Anerkennung. Heute erst distanzieren sich Begünstigte wie das Verbier Festival von ihrem Gönner, obwohl Timtschenko zumindest aus amerikanischer Sicht schon seit 2014 als zu meiden galt.

Der 69-Jährige besitzt weiterhin ein luxuriöses Anwesen in Cologny am Ufer des Genfer Sees, kann dieses nun aber nicht mehr versilbern. Die EU hat Timtschenko in der vergangenen Woche ebenfalls auf die Sanktionsliste gesetzt. Da die Schweiz entsprechend nachzog, sind jetzt nicht nur seine Konten eingefroren, sondern sämtliche Vermögenswerte gesperrt. In der italienischen Hafenstadt San Remo arretierte die Polizei seine Yacht „Lena“, deren Wert auf 50 Millionen Euro geschätzt wird. Das Magazin „Forbes“ schätzt Timtschenkos Vermögen aktuell auf 16 Milliarden Dollar.

Schätzungsweise rund 100 Milliarden Dollar von russischen Kunden auf Schweizer Konten

Wie viel davon noch auf Schweizer Konten schlummert, ist nicht bekannt. Ebenso wenig weiß man, wie viel Geld russischer Kunden von Schweizer Banken insgesamt verwaltet wird. In Finanzkreisen wird geschätzt, dass es rund 100 Milliarden Dollar sein könnten. Damit würde die Eidgenossenschaft wohl sogar „Londongrad“ als Hort russischer Vermögen in den Schatten stellen.

Mark Pieth vermutet, dass die Mehrheit der inzwischen mehr als 800 sanktionierten Putin-Unterstützer Konten in der Schweiz haben – oder hatten. Er fürchtet, dass viele der nun erstmals sanktionierten Putin-Freunde ihre Gelder noch vor Inkrafttreten der Strafmaßnahmen auf jene Offshore-Finanzplätze weiterleiten konnten, mit denen es noch keinen automatischen Datenaustausch zwischen den Finanzbehörden anderer Länder gibt. „Flucht- und Dreckgeld sucht sich immer den am schwächsten regulierten Markt“, sagt Korruptionsbekämpfer Pieth im Gespräch mit der F.A.Z.

Installation von Tarnfirmen um Sanktionen zu umgehen

Den Strafrechtler treibt aber noch eine andere Sorge um: „Erkennen die Banken überhaupt, dass sich hinter bestimmten Vermögenswerten Namen verbergen, die auf den Sanktionslisten zu finden sind?“ Damit spielt Pieth darauf an, dass sich die tatsächlichen Eigentümer oft hinter undurchsichtigen Firmenkonstruktionen verstecken. Der auf die Aufdeckung krimineller Finanztransaktionen spezialisierte Unternehmensberater Veit Bütterlin warnt: „Nach dem Ausschluss etlicher russischer Banken aus dem internationalen SWIFT-Zahlungssystem versuchen manche russische Kunden jetzt vermehrt, Gelder auf Briefkastenfirmen und andere Schein- und Tarnfirmen zu transferieren, um die Sanktionen zu umgehen.“ Derlei Tarnfirmen ließen sich binnen weniger Stunden installieren

Beispiele für die beliebten Versteckspiele gibt es zuhauf. Die im Hamburger Hafen festgesetzte Luxus-Yacht „Dilbar“ des Oligarchen Alisher Usmanow, der angeblich Großkunde der Credit Suisse ist und bis zu den Sanktionen als Präsident des in Lausanne ansässigen Weltfechtverbandes amtierte, ist auf den Kaimaninseln eingetragen und hat ein maltesisches Firmenkonstrukt als Eigentümer. Der russische TUI-Großaktionär Alexej Mordaschow hat seine Anteile an dem Reisekonzern kurz vor Verhängung der EU-Sanktionen an eine Briefkastenfirma auf den Britischen Jungferninseln verkauft, deren Gesellschafter nicht öffentlich bekannt sind. Auch Mordaschow hat eine Verbindung zur Schweiz. Wie der Schweizer „Tages-Anzeiger“ unter Berufung auf Daten aus den „Pandora Papers“ berichtete, ließ der Russe mindestens bis zum Jahr 2017 zwei seiner Offshore-Firmen von der großen Zürcher Treuhandfirma Kendris betreuen. Dass Mordaschow und andere Milliardäre aus aller Welt gerne auf die (legalen) Dienste Schweizer Anwälte und Treuhänder zurückgreifen, hat nur zum Teil mit deren spezieller Expertise tun. Eine Rolle spielt auch die schwächere Regulierung.

Lücke im Schweizer Geldwäschegesetz

Im Schweizer Geldwäschereigesetz gibt es eine Lücke: Die dort festgehaltenen Sorgfalts- und Meldepflichten gelten zwar für Banken, nicht aber in gleicher Form für die Dienstleister, die ihren Kunden bei der Gründung und Führung von Briefkastenfirmen behilflich sind. Wer keinen Zugriff auf Kundenvermögen hat, braucht einen möglichen Verdacht auf krumme Geschäfte nicht zu melden. Dabei ist es für die Berater meist einfacher als für die Banken, schmutzige Gelder zu erkennen, weil sie oft ein vollständigeres Bild von der Vermögenssituation ihrer Kunden haben. Der Versuch der Schweizer Regierung, diese Gesetzeslücke zu schließen, ist vor Jahresfrist am Widerstand der Anwaltslobby im Parlament gescheitert.

Darüber ist Daniel Thelesklaf entsetzt: „Diese Lücke hätte dringend geschlossen werden müssen. Sie trägt dazu bei, dass schmutziges Geld in die Schweiz kommt“, sagt der ehemalige Leiter der schweizerischen Meldestelle für Geldwäscherei im Bundesamt für Polizei der

F.A.Z. „In allen Geldwäschefällen, die ich in den vergangenen 30 Jahren vor der Brust hatte, spielten Anwälte, Treuhänder und Berater eine essenzielle Rolle.“

Thelesklaf, der heute Direktor eines UN-Programms zur Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsarbeit ist, hält das Cluster aus Rohstoffhändlern, Vermögensverwaltern, Anwälten und Beratern für einen großen Risikofaktor. „Es geht hier um die Betreuung von Konten in Verbindung zu Ländern mit einem hohen Korruptionsrisiko, einer sehr geringen Rechtsstaatlichkeit und erheblichen transaktionsspezifischen Risiken.“ Mit letzterem Punkt bezieht sich Thelesklaf auf die große Internationalität des Rohstoffhandels. Diese erschwere die Aufdeckung krimineller Machenschaften. Er verweist zudem auf das große Rad, das in diesem Geschäft gedreht wird. „Wo es um Volumina in Milliardenhöhe geht, lassen sich leichter schmutzige Gelder einspeisen und waschen.“ Nach Putins Angriff auf die Ukraine sind diese Risiken auch ins Visier der Politik geraten. In einem offenen Brief fordert die Sozialdemokratische Partei die Regierung in Bern dazu auf, eine spezielle Task Force zu bilden. Diese solle die tatsächlichen Vermögensverhältnisse der sanktionierten sowie weiterer kremlnaher Oligarchen untersuchen und das Netzwerk der Strohmänner aufdecken. Nur so könne eine weitere Finanzierung des Krieges aus der Schweiz unterbunden werden. „Die Schweiz hat als zentrale Plattform für den Handel mit russischen Rohstoffen, als Vermögensverwalterin, als Geschäftsplatz und als Wohnort vieler russischer Oligarchen eine besondere Verantwortung“, heißt es in dem Schreiben.

Aufsichtsbehörde für Rohstoffmarkt?

Die Nichtregierungsorganisation Public Eye forderte die Regierung auf, eine Aufsichtsbehörde für den Rohstoffmarkt einzurichten. Diese solle sicherstellen, dass die tatsächlichen Besitzer der Rohstofffirmen bekannt sind und dass gehandelte Rohstoffe nicht aus sanktionierten Ländern stammen. Florence Schurch jedoch, Generalsekretärin der Swiss Trading and Shipping Association in Genf, bezeichnet den Ruf nach einer schärferen Regulierung als „lächerlich“. Der Rohstoffhandel zähle zu den am stärksten regulierten Branchen überhaupt. „Vom Einkauf über die Finanzierung und die Qualitätskontrolle bis zur Finanzierung und den Transport – überall gibt es Kontrollen“, behauptet die Lobbyistin. Sie moniert, dass die Sanktionen einen gewaltigen Effekt auf die Geschäfte der Rohstoffhändler in der Schweiz hätten. „Viele Banken haben sich entschieden, Handelsgeschäfte mit Russland nicht mehr zu finanzieren. Es gibt auch Schwierigkeiten beim Transport der Güter. Viele Schiffe laufen Russland gar nicht mehr an.“

Daniel Thelesklaf plädiert dennoch dafür, die Instrumente der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht zur Bekämpfung der Geldwäsche zu verschärfen. „Statt wie bisher erst auf Druck aus dem Ausland zu reagieren, sollte die Schweiz vorangehen und Vorschläge machen, wie man auf diesem Feld zu gemeinsamen internationalen Standards gelangen kann.“ Anzeichen in diese Richtung sieht er freilich nicht.